

**B1**

**einstimmig angenommen**

## **Mindestlohn weiter denken!**

### **Vorwort**

Obwohl wir Jusos uns bereits seit 2005 für einen gesetzlichen Mindestlohn stark machen, haben wir uns nie konkret mit einer möglichen Konzeption eines Mindestlohnmodells beschäftigt. Diese noch vorhandene Lücke innerhalb unserer Kampagne „Gute Arbeit und Ausbildung“ soll mit diesem Beschluss geschlossen werden.

Die Passagen sollen zum Einen unser Selbstverständnis zum Thema Mindestlohn deutlich machen, einen Schulterschluss zu den Gewerkschaftsjugenden herstellen und unsere Ansprüche an die SPD sein. Der Beschluss dient außerdem allen Jusos als Argumentationshilfe zum Thema Mindestlohn, um mögliche Argumenten von konservativen und wirtschaftsliberalen Kräften, die sich gegen einen gesetzlichen Mindestlohn aussprechen, entgegenzutreten.

### **I. Mindestlohn - Sozialpolitisch sinnvoll**

Gesetzliche Mindestlöhne stoppen den freien Fall der Löhne nach unten. Wer Armuts- und Niedriglöhne in Deutschland verhindern will, muss auf gesetzliche Mindestlöhne setzen. Die politischen Alternativen sind entweder sich auf die tarifvertraglichen Vereinbarungen zu verlassen, auf ein Kombi-Lohn-Modell zu setzen oder ein Modell des „Bedingungslosen Grundeinkommens“ zu unterstützen. Aus unserer Sicht sind alle drei Alternativmodelle nicht unterstützenswert. Die Gegenargumente:

#### **Gegenargumente zu tarifvertraglichen Vereinbarungen**

Seit Beginn der 90er Jahre befinden sich die Gewerkschaften im freien Fall. Waren 1991 noch knapp 12 Millionen Menschen in Gewerkschaften des DGB organisiert, sind heute nur noch ca. 6 Millionen ArbeitnehmerInnen Mitglieder im DGB. Diese Halbierung der Mitgliederzahlen innerhalb von 20 Jahren haben sich die Gewerkschaften zum Teil selbst zuschreiben, sind aber vor dem Hintergrund von Tarifverhandlungen fatal. Durch die zu-

nehmende Individualisierung der ArbeitnehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt haben Unternehmen bei der Aushandlung von Löhnen und Gehältern ihre ohnehin schon strukturell vorteilhafte Position noch weiter verbessert. Resultate sind zum Teil vorhandene Tarifverträge, in denen sich Lohngruppen mit Stundenlöhnen unter 6 Euro befinden. Diese Löhne sind unserer Auffassung nach menschenverachtend.

Ein weiteres Gegenargument ist, dass eine Vielzahl von Unternehmen sich an überhaupt keine tarifvertraglichen Vereinbarungen halten müssen, weil sie sich nicht in einem Arbeitgeberverband organisieren.

### **Gegenargumente zum Kombi-Lohn-Modell**

Das Kombi-Lohn-Modell sieht vor, dass sich in Vollzeit beschäftigte ArbeitnehmerInnen, deren Gehalt nicht über ein vorher festgesetztes Minimum hinausgeht, auf Antrag eine Gehaltsaufstockung vom Staat erhalten. Durch diese staatliche Lohnsubvention legitimiert der Staat Lohndumping. Es entsteht ein wirtschaftspolitischer Anreiz für Unternehmen, „gering qualifizierten“ MitarbeiterInnen unmenschliche Löhne zu zahlen. Besonders pervers ist an der Situation, dass Unternehmen, die diese unmenschlichen Löhne bezahlen, einen marktwirtschaftlicher Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Unternehmen haben, die ihre MitarbeiterInnen höhere und gerechtere Löhne zahlen. Aus diesen Gründen sprechen wir uns mit aller Vehemenz gegen Kombi-Lohn-Modelle aus.

### **Gegenargumente zum Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)**

Ganz unabhängig davon, welchem BGE-Modell man folgt, ist eins klar: Das BGE ist und bleibt pauschal und deshalb unsozial.

Die Idee eines BGE ist, jeder Person einen festen Geldbetrag vom Staat zuzusichern - unabhängig vom Einkommen und Vermögen. Obwohl es viele unterschiedliche Modelle des BGE gibt, die sich nach Finanzierung und Höhe unterscheiden, lehnen wir die Idee des BGE an sich ab. Die Hauptgründe sollen hier noch weiter erläutert werden:

Einige BGE-Befürworter erklären, dass der Idee des BGE ein systemüberwindender Charakter innewohnt. Das kapitalistische Wirtschaftssystem wird unserer Meinung nach allerdings erst überwunden werden, wenn die kapitalistische Produktionsweise überwunden wird. Diese wird hierbei allerdings überhaupt nicht angetastet, vielmehr ergebe sich mit einer Einführung des BGE eine Machtverschiebung zwischen den volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren von Arbeit und Kapital auf die Kapitaleseite, die ohnehin schon ein Machtüberhang besitzt. Denn es besteht die Gefahr, dass viele ArbeitgeberInnen dieses Instrument für weiteres Lohndumping benutzen, da jedeR BürgerIn ein zugesicherten mo-

natlichen Grundbetrag bekommt. Somit würde der produzierte Mehrwert für Unternehmen größer werden. Mit anderen Worten: Der Lohnanteil der ArbeitnehmerInnen vom erzeugte Wert nimmt gesamtwirtschaftlich ab, die Renditen für die Unternehmen steigen massiv an. Man könnte das BGE auch als überdimensionales Kombi-Lohn-Modell bezeichnen, welches wir strikt ablehnen.

Im Übrigen ist ein BGE alles andere als sozial, da jedem und jeder - unabhängig von Einkommen und Vermögen - ein pauschaler Betrag gezahlt wird und alles Weitere der Eigenverantwortung jedes / jeder Einzelnen überlassen wird. Pauschal allen Menschen das gleiche zu zahlen ist angesichts der vom kapitalistischen System produzierten Ungleichheiten in unserer Gesellschaft unsozial. Ein vorsorgender Sozialstaat muss ungleiches auch ungleich behandeln, er muss Sozialleistungen zielgerichtet denjenigen zukommen lassen, die auf sie angewiesen sind.

Auch gleichstellungspolitisch ist ein BGE abzulehnen. Schon heute beziehen Frauen im Durchschnitt 25% weniger Einkommen aus der Erwerbsarbeit, obwohl sie die gleiche Arbeit leisten. Vielen frauendominierten Berufen (zum Beispiel in der Pflege oder der Erziehung) haben im Vergleich zu „typischen“ Männerberufen (zum Beispiel in der Produktion) ein deutlich geringeres Lohnniveau. Durch die Einführung eines BGE würden sich diese Verhältnisse weiter manifestieren. Da wir Jusos diese Strukturen durchbrechen wollen und innerhalb der SPD die Arbeitsgemeinschaft sind, die zum Thema „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ schon seit Jahren an vorderster Front stehen, lehnen wir auch vor diesem Hintergrund ein BGE entschieden ab.

## **II. Mindestlohn - Wirtschaftspolitisch sinnvoll**

Mindestlöhne zerstören keine Arbeitsplätze. Das wurde durch die Einführung in anderen europäischen Ländern auch die Praxis gezeigt. In Großbritannien ist beispielsweise Mitte der 90er Jahre durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns der Arbeitsmarkt belebt worden. Er hat dort Arbeitsplätze geschaffen und nebenbei die inflationsbereinigten Realeinkommen innerhalb von 10 Jahren um 30% gesteigert. Im Vergleich dazu sind die Realeinkommen in Deutschland im selben Zeitraum leicht zurückgegangen, da man unter rot-grün nicht auf eine solche Nachfrageorientierung, sondern auf eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik gesetzt hat. Als Stichwort dient der Ausbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse durch die Hartz-Reformen wie die Deregulierung von Leiharbeit, Einführung von Mini-, Midi-Jobs und 1-Euro-Jobs.

Die Erhöhung geringerer Löhne und Gehälter fließt fast eins zu eins in den Konsum. Davon würde gerade die exportorientierte deutsche Wirtschaft profitieren, da die eher schleppende Binnennachfrage deutlich ansteigt. Unternehmen würden ihre Produktion erhöhen und neues Personal einstellen. Der Mindestlohn ist also ein Instrument einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik.

### **III. Mindestlohn - Gleichstellungspolitisch sinnvoll**

Wie bereits beschrieben beziehen Frauen knapp 25% weniger Gehalt, obwohl sie die gleiche Arbeit verrichten als ihre männlichen Kollegen. Gerade sie sind es, die überwiegend von schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen betroffen sind. Deshalb trägt ein gesetzlicher Mindestlohn zu einer gerechteren primären Einkommensverteilung zwischen den biologischen Geschlechtern bei, baut also Lohndiskriminierungen zwischen Frauen und Männern ab. Als FeministInnen muss es uns auch darum gehen, diesen gleichstellungspolitischen Fortschritt stärker in das Zentrum der Debatten zu stellen.

### **IV. Mindestlohn - Europaweit sinnvoll**

Es muss darauf hingewiesen werden, dass eine nationalstaatliche Einführung des gesetzlichen Mindestlohns nur als erster Schritt gesehen werden kann. Wie die SPD in ihrem Programm zur Wahl des Europäischen Parlaments bereits richtig erkannt hat, muss es darum gehen, zunächst alle ArbeitnehmerInnen innerhalb der EU gesetzliche Mindestlöhne zuzusichern, damit Belegschaften aus unterschiedlichen Nationen nicht gegeneinander ausgespielt werden können. Als Richtwert darf dabei nicht eine absolute Zahl im Raum stehen, sondern es sollten mindestens - wie von der SPE gefordert - 60% des nationalen Durchschnittseinkommens sein.

Wir weisen aber darauf hin, dass auch dies nur ein erster Schritt sein kann, um weltweite Mindestlöhne langfristig realisieren zu können.

### **V. Was tun? - Forderungen an die SPD**

Wir haben erkannt, dass ein Konzept zur Einführung eines gesetzlichen, branchenunabhängigen Mindestlohns wichtig ist, da sich die SPD im Bundestagswahlprogramm nur sehr vage zum Thema Mindestlohn geäußert hat, während andere Parteien uns in diesem Themenbereich inhaltlich sehr viel weiter voraus waren.

Deshalb stellen wir folgende Forderungen:

1. Der SPD-Unterbezirk Braunschweig soll das Thema „gesetzlicher branchenunabhängiger Mindestlohn“ wieder auf die Tagungsordnung stellen. Es muss Ziel des SPD-Unterbezirks sein, in einer Veranstaltung(-sreihe) vor allem Neumitgliedern Argumente, die für einen Mindestlohn sprechen, weiterzugeben. Um den Schulterschluss zu den Gewerkschaften zu schließen, sollen Referenten aus der DGB-Region in die Planung mit eingeschlossen werden.
2. Wir fordern, dass gesetzliche Mindestlöhne für sämtliche Beschäftigungsverhältnisse gilt - auch für nicht sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten. Der Mindestlohn soll sich an den aktuellen Forderungen des DGB richten. Zurzeit sind dies 8,50 Euro pro Stunde.
3. Des Weiteren muss der SPD-Unterbezirk Braunschweig, eigene Ideen für eine konzeptionelle Umsetzung zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in den SPD-Bezirk Braunschweig einbringen. Von dort aus sollen diese Konzeptionen in die bundes- und europapolitische Debatte eingebracht werden.
4. Mit Fachreferenten soll erörtert werden, wie die Idee eines weltweiten Mindestlohns unter heutigen Voraussetzungen potentiell überhaupt realisierbar erscheint.